

Beginn: 10:07 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer 63. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung hat sich kein Abgeordneter entschuldigt.

Geburtstag feiern heute die Abgeordnetenkollegin **Christina Kampmann** von der Fraktion der SPD und **Herr Minister Karl-Josef Laumann**. Im Namen der Kolleginnen und Kollegen herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Im Nachgang zur gestrigen Sitzung muss ich zu Tagesordnungspunkt 10 noch eine **nichtförmliche Rüge** aussprechen. Diese betrifft den Abgeordneten Loose von der Fraktion der AfD; er hat sich in seiner Rede zu TOP 10 unparlamentarisch verhalten.

Meine Damen und Herren, damit treten wir in die heutige Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

1 Bundesumweltministerin Svenja Schulze legt Plan für sozialverträgliche Ausgestaltung einer CO₂-Bepreisung vor – Landesregierung muss beim Klimaschutz Farbe bekennen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6821

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 8. Juli 2019 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Stinka das Wort

(Unruhe)

und bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Unterhaltung etwas zu dämpfen.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um den Herausforderungen des Klimawandels gewachsen zu sein, müssen wir als Menschen über uns hinauswachsen. Eine zukunftsorientierte Politik für die Menschen – das ist nicht einfach, und das sollten wir uns in dieser Debatte auch eingestehen.

Wir sitzen hier gemeinsam und haben den Auftrag, die Zukunft der Schülerinnen und Schüler, der Menschen zu gestalten. Gestern hatte ich Besuch aus meinem Wahlkreis, und mir ist noch einmal deutlich geworden, dass die Schülerinnen und Schüler große Erwartungen in uns setzen und auf uns vertrauen. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht verspielen.

Als ich in den 90er-Jahren anfang, als Umweltpolitiker in meiner Heimatstadt Politik zu machen, wurde ich allzu häufig belächelt. Heute ist klar: Klimaschutz ist mitnichten ein Nischenthema. Klimaschutz ist von epochaler Bedeutung und hat eine übergeordnete Zukunftsfrage zu organisieren. Klimaschutz ist die Herausforderung unserer Zeit.

Vor Jahrzehnten haben wir bereits über Umweltfragen diskutiert. Ich erinnere an den Brundtland-Bericht, an die Fragen 1972 und die Endlichkeit der Ressourcen. Die Reduktion der CO₂-Emissionen ist ein konkreter Aspekt in dieser Debatte.

Seit rund 14 Jahren existiert nun der europäische Emissionshandel. Nach jahrelang niedrigen Zertifikatspreisen steigert sich endlich der Preis für CO₂.

Der Ausstoß der Treibhausgase hat sich in Deutschland von 1990 bis 2018 um 31 % verringert. International und national haben wir uns allerdings verpflichtet, 40 % CO₂-Emissionen gegenüber 1990 einzusparen. Dieses Ziel werden wir verfehlen. Auch das Ziel der Reduktion der Temperatur um 1,5 Grad wird nicht erreicht werden. Wir werden neue Wege beschreiten müssen.

Eines ist ganz klar: Es wird großen Anstrengungen bedürfen, Lösungen mit Blick auf den Klimawandel herbeizuführen. Ich weiß – das habe ich gerade schon einmal deutlich gemacht –: Wir haben nur diese eine Welt, und wir leben in planetaren Grenzen. Diese können wir nicht überschreiten. Wer sich den Astronauten Gerst anhört, der weiß, dass er die Verletzlichkeit dieser Hülle sieht. Wir haben unser Handeln danach auszurichten.

(Beifall von der SPD)

Das bedeutet letztendlich, dass wir Generationengerechtigkeit leisten müssen; denn die Entscheidungen, die wir heute fällen, betreffen unsere Kinder und Enkelkinder. Es ist wichtig, dass wir unsere Lebensgrundlage erhalten; denn nichts ist sozialer, als dies zu tun.

Ich bin als Sozialdemokrat stolz darauf, dass Johannes Rau im Jahre 1991 das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie ins Leben gerufen hat. Warum sage ich das? Johannes Rau ist damals belächelt worden, weil er diese Initiative ergriffen hat. Aber wir alle kennen den ehemaligen Ministerpräsidenten unter dem Motto: Versöhnen statt spalten.

Gerade nach dem gestrigen Tag will ich noch einmal deutlich machen: Wenn wir Veränderungen in der